

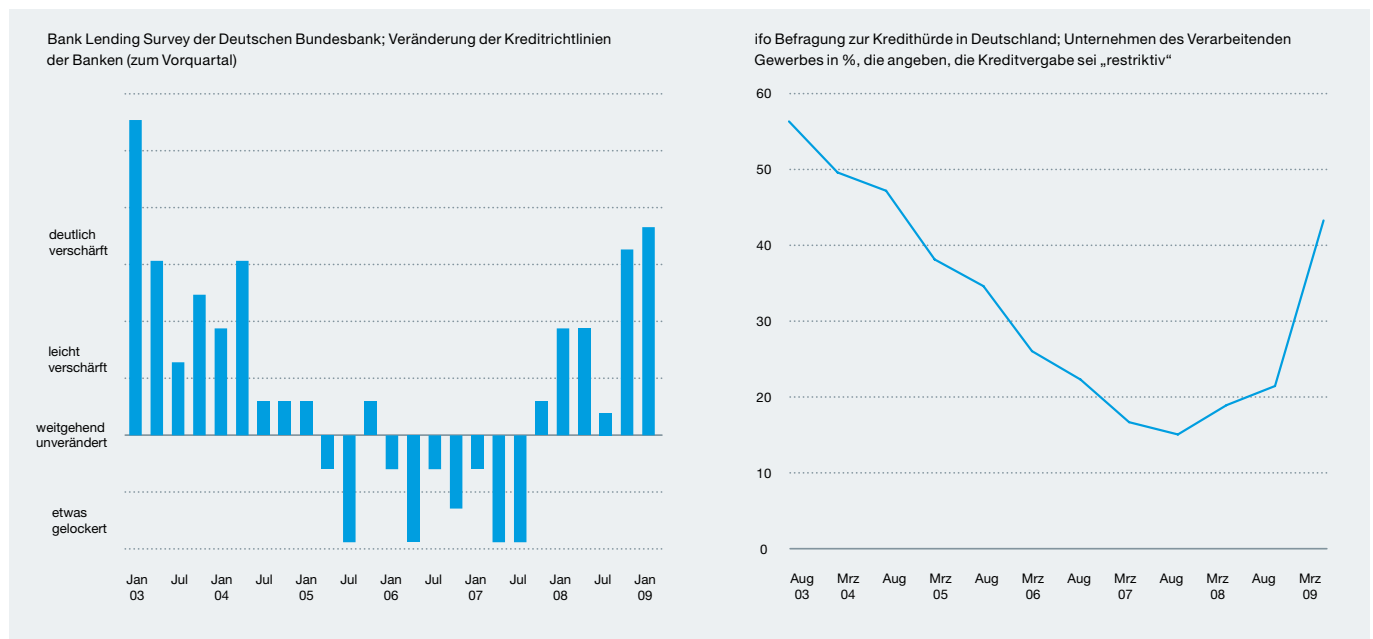
BDI-Info-Service

Ausgabe 7 | 7. April 2009

Staatliches Kredit- und Bürgschaftsprogramm soll Finanzklemme verhindern

Die Finanzmarktkrise schlägt mittlerweile voll auf die Unternehmensfinanzierung durch. Immer mehr Betriebe sehen sich mit Finanzierungsproblemen konfrontiert. Die Aufnahme von Krediten ist spürbar schwieriger geworden. Dies betrifft Mittelständler und größere Unternehmen gleichermaßen.

Zugang zu Krediten wird schwieriger



Quelle: Deutsche Bundesbank, ifo- Institut

Aktuellen Umfragen der Deutschen Bundesbank und des Ifo-Instituts zufolge haben die Banken ihre Kreditvergabestandards im Zuge der Finanzmarktkrise deutlich verschärft. Die Kreditkonditionen haben sich signifikant verschlechtert. Zudem hat sich die Dynamik des Kreditneugeschäfts deutlich abgeschwächt.

Es geht jedoch nicht nur um Kredite. Gleichzeitig sind zunehmende Friktionen bei der Mittelaufnahme über den Kapitalmarkt, etwa bei der Finanzierung über Anleihen, unübersehbar. Der »Rettungsschirm« des Staates, der den Banken größtmögliche Sicherheit bietet, diverse Leitzinssenkungen und die Liquiditätszufuhr in bisher nicht gekanntem Ausmaß haben noch nicht die gewünschte Wirkung entfaltet. Das Vertrauen zwischen den Banken – eine wesentliche Voraussetzung für einen reibungslosen Kredit-

fluss – ist noch nicht vollständig wieder zurückgekehrt.

Die Unternehmen sind auf ausreichende Finanzmittel existentiell angewiesen. Auf Drängen der Wirtschaft hat die Bundesregierung daher ein »Maßnahmenpaket II« zur Stabilisierung der Realwirtschaft beschlossen, das mittlerweile vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Dazu gehören auch – in Ergänzung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz und zum KfW-Sonderprogramm 2009 – weitere Maßnahmen zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft:

- verbesserte Rahmenbedingungen des KfW-Sonderprogramms für den Mittelstand,
- Auflage einer Kredit- und Bürgschaftsfazilität für größere Unternehmen,

- Ausbau des bestehenden deutschen Bürgschaftsinstrumentariums, insbesondere Verbesserungen bei den Bürgschaftsbanken, und
- Verbesserungen im Bereich der Exportfinanzierung und der Exportkreditversicherung.

Der BDI hat das Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung begrüßt. Damit können drohende Liquiditätengpässe abgefedert werden. Das hilft den Unternehmen während der sich abzeichnenden Durststrecke. Der BDI hatte dazu im Vorfeld eigene konkrete Vorschläge gemacht, die sich in der Programmausgestaltung niedergeschlagen haben. Ungeachtet der grundsätzlich positiven Bewertung des Kredit- und Bürgschaftsprogramms bleiben jedoch einige Probleme, die es noch zu lösen gilt.

Bislang nehmen die Banken das Kredit- und Bürgschaftsprogramm nur zögerlich an. Offenbar enthält das Kredit- und Bürgschaftsprogramm auch einige »Webfehler«, die beseitigt werden müssen. Erforderlich ist eine weitere Anhebung der Haftungsfreistellung von Banken für Betriebsmittelkredite auf 90 %, wie dies für Investitionskredite gilt. Eine unnötige Restriktion stellt auch der Ausschluss von Unternehmen mit Kapitalmarktzugang von der staatlichen Förderung dar. Überdies deckt das Programm weitere wichtige Felder, die für eine reibungslose Unternehmensfinanzierung elementar sind, bislang nicht ab.

Sorge bereitet der Industrie weiterhin die sichtbare Zurückhaltung privater Kreditversicherer im Inlandsgeschäft, die durch das staatliche Hilfsprogramm nicht erfasst sind. Die Kreditversicherer haben ihre Prämien und Eigenbehalte merklich erhöht und ihre Deckungsvolumina deutlich verringert. Durch fehlende Kreditversicherungen drohen eine Unterbrechung der gesamten Lieferkette und eine Verschlechterung der Firmenbonitäten. Notwendig ist eine tragfähige Risikoauflösung, die den Versicherern Anreize schafft, wieder mehr Unternehmen ausreichende Dienstleistungen anzubieten.

Auch die Kapitalmarktfinanzierung gestaltet sich zunehmend schwieriger. Die Zinsen für Schuldverschreibungen industrieller Emittenten sind geradezu dramatisch angestiegen. Die Risikoaufschläge von Industrielanleihen sind selbst bei besten Bonitäten so hoch wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der BDI setzt sich deshalb dafür ein, dass die Europäische Zentralbank, wie in den USA und Großbritannien, Schuldverschreibungen privater Schuldner direkt ankauft, um so die fehlende Marktliquidität auszugleichen.

Die Politik ist dringend aufgefordert, die zu einer nachhaltigen Sicherung der Unternehmensfinanzierung notwendigen

Schritte baldmöglichst zu ergreifen. Eine Abwärtsspirale zwischen Finanz- und Realwirtschaft muss auf jeden Fall verhindert werden.

Dr. Reinhard Kudiß
r.kudiss@bdi.eu

Kirchhoff: »Ohne gesunden Mittelstand keine wirtschaftliche Erholung!«

»Um es ganz deutlich zu sagen: Ohne einen gesunden Mittelstand wird es in Europa keine wirtschaftliche Erholung geben!« Das sagte Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses, beim »European Business Summit«, der am 26. und 27. März in Brüssel stattfand. Kirchhoff beteiligte sich beim »Gipfeltreffen« der europäischen Wirtschaft an der Diskussionsrunde »SMEs in times of crisis: red tape or red carpet?« Gesprächspartner von Kirchhoff war dabei u.a. Françoise Le Bail, die KMU-Beauftragte der Europäischen Kommission.

Mit einem Mittelstandssymposium beteiligen sich BDI, BDA, DIHK und ZDH an der ersten Europäischen KMU-Woche, die vom 6. bis zum 14. Mai stattfindet. Das Symposium findet statt am 11. Mai 2009 von 10:00 bis 13:00 Uhr, im Haus des Deutschen Handwerks in Berlin. BDI und BDA werden vertreten durch den Vorsitzenden des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses, Arndt G. Kirchhoff. Weitere Teilnehmer sind EU-Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen und der Chef des Bundeskanzleramts, Thomas de Maizière.

Einladung und Programm der Veranstaltung finden Sie unter www.bdi-online.de/de/fachabteilungen/start_mittelstandspolitik.htm.

Detaillierte Informationen zur KMU-Woche finden Sie unter www.european-sme-week.eu.

Kirchhoff betonte in seinem Statement die große Bedeutung des KMU-Sektors für die europäische Gesamtwirtschaft: »99,8 % aller europäischen Unternehmen gehören zum Mittelstand. Sie beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer in Europa. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung, dem Mittelstand zu helfen, die gegenwärtige Krise zu überstehen.« In erster Linie komme es darauf an, die Finanzierung von KMUs zu sichern, damit nicht eigentlich gesunde Firmen in die Insolvenz getrieben würden. Gefragt sei dabei ein gemeinsames Vorgehen von EU und Mitgliedstaaten. »Die Krise ist eine echte Bewährungsprobe für das vereinigte Europa. Notwendig ist ein abgestimmtes Vorgehen, nationale Alleingänge und Protektionismus sind der falsche Weg.«



Arndt G. Kirchhoff beim European Business Summit, Foto: Copyright@JJ de Neyer/triptyque

Informationen zum European Business Summit finden Sie unter www.ebsummit.eu, einen kurzen Bericht über den Auftritt von Arndt G. Kirchhoff unter www.euractiv.com/en/innovation/commission-expects-bankruptcysurge-2009/article-180759 und ein Interview mit Kirchhoff unter <http://dare-and-care.blogactiv.eu/2009/04/01/ebs-2009-arndt-kirchhoff-chair-of-the-sme-committee-of-businesseurope-speaks-to-euractiv>.

René Hagemann-Miksits
r.hagemann@bdi.eu

Klimaschutz in der Rezession – ein Weg aus der Krise

Die Bekämpfung des Klimawandels gehört zu den drängenden Problemen unserer Zeit. Allerdings verdrängt die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise das Thema Klimaschutz zur Zeit von den vorderen Plätzen der politischen Agenda. Die BDI-Initiative ›Wirtschaft für Klimaschutz‹ hat die Frage der Aktualität des Klimaschutzes auch in der Rezession aufgegriffen und am 24. März 2009 zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, auf der unter anderem auch Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg erstmals zum Thema Klimaschutz Stellung bezog.

Zwei Stunden diskutierten BDI-Präsident Hans-Peter Keitel, Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Siemens-Vorstandschef Peter Löscher und McKinsey-Deutschlandchef Frank Mattern vor über 300 geladenen Gästen im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftskrise und Klimakrise



Werner Schnappauf, Peter Löscher, Karl-Theodor zu Guttenberg, Frank Mattern und Hans-Peter Keitel (v.l.n.r.), Foto: BDI/Urban

sowie über Kosten und Potenziale des Klimaschutzes. BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf moderierte die Diskussion.

Am Ende stand fest: Klimaschutz muss auch in Zeiten der Wirtschaftskrise weiter verfolgt werden, da jede Verzögerung die Begrenzung des Klimawandels nur noch schwieriger und vor allem teurer macht. »Die deutsche Industrie bekennt sich zum Klimaschutz – auch angesichts der weltweiten Rezession«, stellte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel bereits in seiner Eröffnungsrede klar. Darüber hinaus könne Klimaschutz sogar einen Weg aus der Wirtschaftskrise weisen, da er gerade für die deutsche Industrie große Wachstumschancen auf den »grünen« Weltmärkten biete und durch einen effizienteren Umgang mit Energie enorme Kosten eingespart werden könnten, sagte Keitel.

Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg nannte den Klimaschutz sein persönliches »Herzensthema« und forderte: »Ökonomie und Ökologie sollten sich nicht länger ausschließen, sondern einander bedingen.« Gerade in der Krise sollte man das Potenzial für Investitionen in den Klimaschutz nutzen, sagte zu Guttenberg.

Auch Peter Löscher, Vorsitzender der BDI-Initiative, stellte klar: »Klimaschutz ist keine Schachtel Pralinen, auf die man in harten Zeiten verzichtet.« Die Krise sei eine Chance, die Weichen für eine ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu stellen. Um den Klimawandel zu bremsen, seien vor allem Innovationen in der Klima- und Umwelttechnologie erforderlich. »Hier sollten wir also auf keinen Fall den Gürtel enger schnallen, sondern der deutschen Industrie die finanziellen Anreize und den unternehmerischen Spielraum geben, ihre Innovationskraft weiter auszubauen«, forderte Löscher.

Ein wichtiger staatlicher Impuls könne hier die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen sein.

Die notwendigen Technologien zur Einsparung von Treibhausgasemissionen stellt die Industrie zum großen Teil heute schon zur Verfügung. Dies bestätigt die aktualisierte **BDI-Klimastudie**, die zu dem Ergebnis kommt: Eine Reduzierung von Treibhausgasen um 30 Prozent ist in Deutschland selbst bei extremen Energiepreisschwankungen machbar. »Es gibt ein enormes Potenzial für die Vermeidung von Treibhausgasen, das sich für die Unternehmen zu heben lohnt und zwar unabhängig von der Höhe des Ölpreises«, fasste BDI-Präsident Hans-Peter Keitel zusammen. Allerdings müsse die Politik gewährleisten, dass die deutsche Industrie ihre Innovationskraft im Bereich Klimaschutz auch entfalten könne, hierfür die nötige Finanzierung zur Verfügung steht und speziell energieintensive Unternehmen nicht durch zusätzliche Auflagen und Kosten zur Abwanderung ins außereuropäische Ausland gezwungen werden. Von größter Bedeutung für die deutsche Industrie als Lieferant innovativer Klimaschutztechnologie sei auch die nächste UN-Klimakonferenz, welche im Dezember in Kopenhagen stattfindet, sagte Keitel. Hier müsse multilateral geklärt werden, wie der Klimaschutz in den Entwicklungsländern und der damit verbundene Technologietransfer zu finanzieren ist.

Die Vorträge von Herrn Keitel und Herrn Löscher sowie Fotos und Videomitschnitte der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Sidonie Günther
s.guether@bdi.eu

Rüdiger S. Grigoleit erneut zum Vorsitzenden des Deutschen Seeverladerkomitees im BDI (DSVK) gewählt

Auf ihrer Frühjahrssitzung in Berlin wählten die Mitglieder des Deutschen Seeverladerkomitees im BDI (DSVK) kürzlich Rüdiger S. Grigoleit, Vice President Distribution des Chemie- und Pharmakonzerns Merck, einstimmig für zwei weitere Jahre zu ihrem Vorsitzenden. Zu Stellvertretern Grigoleits wurden Joachim Schürings (ThyssenKrupp) und Detlev Wollert (Volkswagen AG) gewählt. Sie sollen zukünftig die Beziehungen des DSVK zu den West- und Nordhäfen noch weiter stärken.

Zu seiner Sitzung hatte das DSVK prominente Gäste geladen. So diskutierten die Vertreter der seeverladenden Wirtschaft in Deutschland u.a. mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages, Dr. Klaus W. Lippold, dem Hauptgeschäftsführer



Neu gewähltes DSVK-Führungsteam, v.l.n.r.: Joachim Schürings (ThyssenKrupp), Rüdiger S. Grigoleit (Merck), Detlev Wollert (VW), Foto: BDI

des BDI, Werner Schnappauf, sowie dem Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Schifffahrt und Häfen, Hans-Michael Goldmann.

Mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums sprachen die DSVK-Mitglieder über den kürzlich vorgelegten Entwurf eines Nationalen Hafenkonzepts und den aktuellen Stand bei der Umsetzung des Masterplans Güterverkehr und Logistik. Im Grundsatz begrüßten die Seeverlader den Entwurf für ein Nationales Hafenkonzept. Darin seien wichtige Elemente für eine strategische Weiterentwicklung der nationalen Hafenpolitik enthalten. Entscheidend sei ein gezielter, strikt an Bedarf und volkswirtschaftlichem Nutzen orientierter Ausbau der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandanbindungen sowie die Beseitigung von Kapazitätsengpässen in den Häfen, betonten die Seeverlader. Anhand dieser Leitlinien wird das DSVK die Einzelheiten des Entwurfs eingehend prüfen. Der BDI wird dazu in Kürze eine Stellungnahme vorlegen.

Michael Kandora
m.kandora@bdi.eu

Europäisches Parlament schwächt Kommissionsvorschläge zu Sammelklagen im Kartellrecht ab

Am 26. März 2009 hat das Europäische Parlament eine Entschließung zum Weißbuch der Kommission über Schadensersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts verabschiedet. Das Parlament spricht sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine Einführung von privaten Klagemechanismen im Kartellrecht aus, schwächt die Vorschläge der Kommission aber in mehrfacher Hinsicht ab und greift dabei wichtige Botschaften auf, die der BDI in seiner Stellungnahme

zum Weißbuch und gegenüber den Abgeordneten kommuniziert hatte. In seiner Entschließung betont das Parlament den Vorrang der behördlichen Kartelldurchsetzung, die durch private Schadensersatzklagen lediglich unterstützt, aber keinesfalls ersetzt werden kann. Kollektivkläger sollen nicht besser oder schlechter gestellt werden als Individualkläger. Das bedeutet auch, dass allgemeine Beweislastregelungen oder das Verschuldensprinzip bestehen bleiben. Ausnahmen gelten nur, sofern nationale Regelungen Beweiserleichterungen oder Verschuldensvermutungen zugunsten der Kollektivkläger vorsehen. Ähnlich verhält es sich mit den Regelungen zur Kostentragung, die bei den Mitgliedstaaten verbleiben sollen. Der BDI steht der europaweiten Einführung von Privatklagen im Kartellrecht weiterhin sehr kritisch gegenüber. Zwar müssen durch Kartellverstöße erlittene Schäden kompensiert werden können, die Kommission hat aber keinerlei Kompetenz für die von ihr vorgeschlagenen weitreichenden Eingriffe in nationales Zivil- und Prozessrecht. Insofern ist der Ansatz des Europäischen Parlamentes begrüßenswert, die Kommission an das Subsidiaritätsprinzip zu erinnern und wesentliche Elemente im Weißbuch abzuschwächen sowie auf nationale Ebene zurückzustellen. Insbesondere der grundsätzliche Ausschluss von Opt-Out-Klagen, die Betonung des Verschuldensprinzips und die Ablehnung von »Discovery«-Regelungen auf europäischer Ebene stellen wichtige Botschaften an die Kommission dar. Mit einem Legislativvorschlag der Kommission wird im Laufe des Jahres 2009 gerechnet.

Nadine Rossmann
n.rossmann@bdi.eu

Workshop »Technologietransfer und Finanzkooperation«

Nach einer Einführung in die Thematik durch die Leiterin der Abteilung Klima und Nachhaltige Entwicklung des BDI, Frau Wörmann, wird der Klimabeauftragte der KfW Entwicklungsbank, Herr Harnisch, ein Impulsreferat über die Probleme und Perspektiven der Technologie- und Finanzkooperation halten. An der anschließenden Podiumsdiskussion, die von der Journalistin Frau Augter moderiert wird, nehmen unter anderem Roland Geres (Geschäftsführer, Gesellschafter, FutureCamp GmbH), Holger Liptow (Deputy Head Energy and Transport, GTZ) sowie Manfred Marsmann (Bayer AG) teil.

Dr. Ralf Retter
r.retter@bdi.eu

Am 22. April 2009 veranstaltet die BDI-Initiative »Wirtschaft für Klimaschutz« den Workshop »Technologietransfer und Finanzkooperation: Eckpfeiler eines Post-Kyoto-Regimes«. Der Workshop findet von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Breite Straße 29, 10178 Berlin, Raum 1.002/1.006 statt.

Bitte melden Sie sich bis spätestens 14. April 2009 per E-Mail unter klimainitiative@bdi.eu an.

Südkorea – Partnerland der Hannover Messe 2009

Südkorea, Hightech-Standort und viertgrößte Volkswirtschaft in Asien, ist das Partnerland der diesjährigen Hannover Messe. Am ersten Messetag, dem 20. April 2009, findet der Korean-German Business Summit, die hochkarätige Auftaktveranstaltung für das Partnerland Südkorea, statt. Hier diskutieren hochrangige Regierungsvertreter und Entscheider aus der Wirtschaft Entwicklungsperspektiven und -chancen der deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen. Im Fokus stehen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die Chancen eines bilateralen Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südkorea sowie Potenziale einer engeren Zusammenarbeit in der Hochtechnologie und im Energiesektor. Der Korean-German-Business Summit wird unter der Leitung von BDI-Präsident Hans-Peter Keitel durch den Asien-Pazifik-Ausschuss (APA) in Zusammenarbeit mit der Federation of Korean Industries (FKI) und der Deutsche Messe AG auf der Hannover Messe veranstaltet. Als Eröffnungsredner werden Bundeskanzlerin Angela Merkel, der koreanische Ministerpräsident HAN Seung-Soo und FKI-Präsident CHO Suck-Rai erwartet.

Südkorea ist ein bedeutender Handels- und Investitionspartner Deutschlands. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von etwa 25 Mrd. US-\$ ist das Land unser drittwichtigster Handelspartner in Asien und mit einem Bestand von über 6 Mrd. € ein Schwerpunkt deutscher Investitionen im asiatischen Raum. Als Exportnation ist Südkorea stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Der Internationale Währungsfonds rechnet dennoch für das Jahr 2010 mit einer Wachstumsrate von 4%. Deutsche Unternehmen haben bereits nach der Asienkrise langfristig orientiert in den Standort investiert und vom Wachstum der vergangenen Jahre und der guten Vernetzung Südkoreas im Asien-Pazifik-Raum profitiert.

Friedolin Strack
f.strack@bdi.eu

BDI Info-Service wird BDI Agenda

Der BDI Info-Service bekommt ein neues Gesicht und einen neuen Namen: Der alle 14 Tage erscheinende Newsletter heißt ab der nächsten Ausgabe BDI Agenda.

BDI Agenda bietet Hintergrundinformationen, Meinungen und Zahlen zu aktuellen Themen, alles kurz und kompakt nach Rubriken aufgeteilt: von »Titelthema« und »Trends« über »Meinung« und »Porträt« bis zu den »BDI-Themen«, »Fakten und Argumente« bündelt die Position der Industrie zu einem wichtigen Thema mit Blick auf die Bundestagswahl. Im »Branchenblick« präsentieren sich die BDI-Mitgliedsverbände und -Landesvertretungen.

Fotos, Grafiken und Logos sorgen für mehr Leserfreundlichkeit. Alle Themen sind mit weiterführenden Links versehen. So kann der interessierte Leser sich schnell und detailliert informieren - etwa auf den BDI-Internetseiten. BDI Agenda liefert ebenfalls einen Überblick über die aktuellen BDI-Publikationen und die wichtigsten BDI-Termine. Die erste Ausgabe erscheint zum Auftakt der Hannover-Messe am 20. April.

**BDI**

Impressum

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. • Breite Straße 29, 10178 Berlin • Redaktion: Uta Knott, Manja Korbella
Tel.: 030 2028 1426, Fax: 030 2028 2426, m.korbella@bdi.eu • www.bdi.eu • Erscheinungsweise: 14-tägig
Layout: berlinerverhältnisse | agentur für kommunikation gmbh